

<b>Gremium</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>
Stadtrat	22.03.2021	öffentlich

**Antrag der Linksfraktion Ludwigshafen; Fond für Opfer von politischen Gewalttaten**

Vorlage Nr.: 20213135



**Antrag zur Stadtratssitzung am 22. 03. 21  
Fond für Opfer von politischen Gewalttaten**

Ludwigshafen, den 13. März 2021

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Steinruck,

zur Stadtratssitzung am 22. 03. 2021 stellen wir folgenden Antrag:

Der Stadtrat möge die Realisierung eines Hilfskonzeptes und die Schaffung eines Fonds für Opfer politisch motivierter Morde und Gewalttaten beschließen.

Antragsbegründung:

Auch in Ludwigshafen gab es schon misslungene Versuche, durch Terroranschläge Unschuldige zu ermorden. Ebenso gibt es auch Bürger aus Ludwigshafen die auf der Todesliste der NSU standen.

Die Liste der Todesopfer oder Mordopfer seit der Wiedervereinigung liegt bei über 200. Mölln, Hoyerswerda, Nürnberg, München, Kassel, Halle an der Saale, Hanau usw. sind keine Einzelfälle, sondern bittere Realität einer sich zunehmend radikalierenden Gesellschaft. Jedes Mal, wenn die gesellschaftliche Geschäftigkeit durch Morde aus dem rechtsradikalen Sumpf unterbrochen wird, herrscht für kurze Zeit äußerste Betroffenheit, die allzu schnell im Trubel der Zeit in Vergessenheit gerät. Hanau ist das beste Beispiel. Standen am 22. 02. 2020 noch die komplette Ludwigshafener Stadt- und Ratsgesellschaft ergriffen vor dem Lichttor, war ein Jahr später kaum noch jemand dort zu sehen.

Leider wird für den Fall der Fälle wenig bis gar nichts in den Kommunen im Vorfeld getan. Zurzeit hält die Bundesregierung viele Finanzierungsmöglichkeiten bereit, um den Rechtsra-

dikalismus zu bekämpfen und die Hilfe für die Opfer zu verbessern. Hier sehen wir die Verwaltung gefordert, Gelder für einen Opferfond von Bund und Land ausfindig zu machen. Ludwigshafen sollte einen entsprechenden Opferfond auflegen können, um den möglichen Opfern zu signalisieren, dass niemand allein gelassen wird, der in Ludwigshafen Opfer eines radikalen Amokläufers wird. Wir schützen unsere gefährdeten Mitbürger und drücken dies durch konkrete Maßnahmen im Vorfeld aus. Ludwigshafen ist keine Insel der Glückseligkeit sondern ein Schmelztiegel vieler Kulturen aus unzähligen Herkunftsorten der Welt. Es erscheint uns unerträglich Teile unserer Mitbürger mit ausländischen Wurzeln ungeschützt und unversorgt zu wissen.

Zudem sollen Rechtsradikale wissen, dass es in unserer Zivilgesellschaft, keine klammheimliche Zustimmung durch Nichtstun und kein Wegschauen gibt.

Hanau zeigt, wie schnell sich alles ändern kann. Daher sollten wir nicht so tun, als müsse man sich nicht auf solche Gräueltaten einstellen, und konzeptlos auf den Zufall warten und dem Glauben anhängen, dass bei uns so etwas nie passieren wird.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Stellv. Fraktionsvorsitzender